

2

Sie helfen den Unterdrückern.
Sie behindern freie Meinungsäußerung.
Sie verzerren demokratische Prozesse.

Natürlich, es gibt Unterschiede zwischen einer Drogenabhängigkeit und der Abhängigkeit davon, Plattformen wie TikTok oder Facebook zu nutzen. Der Konsum mancher Droge führt deutlich schneller zum Tod. Ein weiterer Unterschied zeigt sich in den folgenden Zahlen:

Rund 15,2 Millionen erwachsene Deutsche (bis 64 Jahre) und etwa 481 000 Jugendliche zwischen 12 und 17 Jahren haben zumindest *einmal in ihrem Leben* eine illegale Droge konsumiert. *Gleichzeitig* sind nach Hochrechnungen des »Epidemiologischen Suchtsurvey« aus dem Jahr 2018 in Deutschland 309 000 Personen »abhängig von Cannabis«, 41 000 von Kokain und 103 000 Menschen von Amphetaminen. Nicht *einmal* im Leben – sondern gleichzeitig, parallel zueinander.³⁷

456 Millionen Menschen weltweit hören Spotify.³⁸ 72,6 Millionen Deutsche (oder 86,5 Prozent der Bevölkerung) nutzen Facebook, Instagram, TikTok, Google, Snapchat oder Twitter, und das eben nicht nur einmal im Leben. Die Nutzerzahl wächst rasant: Allein zwischen 2021 und 2022 schnellte sie um zehn Prozent nach oben.³⁹ Nicht alle nutzen die Plattformen so intensiv, dass sie abhängig wären oder in Abhängigkeit geraten könnten. Die durchschnittliche Nutzung liegt aber bereits bei rund 90 Minuten pro Mensch und Tag. Fällt das noch unter »verantwortungsbewussten« oder »maßvollen« Umgang? Wohl kaum. Eher ist der hohe Durchschnittswert ein Anzeichen für vielfache suchtarartige Nutzung.

Um es noch einmal deutlich zu machen: Hier ist nicht die Rede von denen, die die Plattformen (wie eine Droge) »*zumindest einmal im Leben*« genutzt hätten, um ihnen dann wieder den Rücken zu kehren. Nein, im Gegenteil: Die vermeintlich sozialen Medien nutzen 235 Mal so viele Deutsche regelmäßig, wie von Cannabis abhängig sind. Und viele von ihnen nutzen die Plattformen so intensiv, dass sie unter den negativen Folgen leiden (siehe Kapitel 1). Jeder Einzelne von ihnen. Eine Gesellschaft auf Droge – nicht nur in Deutschland, sondern in den meisten Ländern, in denen die Plattformen weit verbreitet sind, also quasi weltweit.

Während die gesundheitlichen Folgen einer Drogenabhängigkeit also akut einige Hunderttausend Menschen gefährden (schlimm genug), schleicht sich eine neue Volkskrankheit ein: Millionen Menschen gehen den Plattformen auf den Leim, gesundheitliche Folgen nicht ausgeschlossen.

Was bedeutet das für unser Zusammenleben? Was sind das für Gesellschaften, die quasi permanent »auf Droge« sind, deren Bürgerinnen und Bürger immer mehr Zeit auf Plattformen verbringen, die ihnen schaden? Was sind – neben den individuellen Folgen, die ich im vorangegangenen Kapitel aufgezeigt habe – die gesellschaftlichen Folgen dieses Massenphänomens? Wie sehr schaden die Plattformen unserem Zusammenleben, unseren Werten?

Wer (auch) Gutes tut, ist nicht gleich gut

Viele von uns nehmen Facebook, Instagram, Twitter und Co. auch in diesem Feld vordergründig positiv wahr: Die Plattformen machen es uns leicht, uns auch über Distanz hinweg auszutauschen. Egal, ob politische Grenzen oder Zehntausende Kilometer Menschen trennen – seit es die Plattformen gibt (seitdem es Konkurrenz auf dem Telekommunikationssektor gibt und Preise sinken), ist der Kontakt zur Familie in Australien, zu Freunden in Großbritannien oder Mitarbeitern »auf Workation« leichter geworden. Die Kosten sind minimal, der Austausch ist zeitsouverän und unkompliziert. So sind sie, die Plattformen: Sie tun alles, damit möglichst nichts unsere Bequemlichkeit stört.

Seit es die Plattformen gibt, ist es auch leichter geworden, Allianzen zu schmieden. Sei es, um politische Ziele zu erreichen oder der Umwelt zu helfen. Es ist leichter, Gleichgesinnte zu finden und auf die eigenen Ziele aufmerksam zu machen. Die Plattformen versetzen uns in die Lage, unsere Ideen, Vorstellungen und Wünsche selbst zu verbreiten – ohne dass wir dazu die Regionalzeitung oder den Radiosender der Stadt anzurufen bräuchten. Auch diejenigen, deren Stimmen auf etablierten Kanälen seltener zu hören sind, können sich über die Plattformen hör- und sichtbar machen. Die Mediatoren und Gatekeeper der vordigitalen Zeit – beispielsweise die klassischen Medien – sind nicht mehr nötig, um eine Öffentlichkeit herzustellen. Wir können selbst senden und empfangen, ohne Mittelsmann – wenn denn die Algorithmen mitspielen und die jeweiligen Posts an die Oberfläche der Debatten-Ozeane spülen. Diese Einschränkung ist allerdings entscheidend.

Familien rücken über Distanzen hinweg zusammen, unterschiedliche Gruppen kommen ins Gespräch – per se sind diese neuen Möglichkeiten zur Kommunikation, auch mit Massen, erst einmal prima. Unsere Gesellschaften profitieren, wenn Menschen sich vernetzen können, wenn sie Informationen und Gleichgesinnte finden, wenn sie Ansichten teilen können, ohne auf Mittler angewiesen zu sein. Denn nur in unseren Demokratien sind diese Mittler (auch) unabhängige Medien, die auf die eine oder andere Weise von der Öffentlichkeit kontrolliert werden. In Staaten, die nicht demokratisch organisiert sind, werden diese Mittler dagegen in der Regel von der Regierung kontrolliert und gesteuert.

Nehmen wir beispielsweise Myanmar. In den 2010er-Jahren habe ich dort unabhängige Journalisten dabei begleitet, eine eigene Stimme zu finden: Neben dem staatlich kontrollierten Rundfunk gab es nur die kommerziellen Plattformen (in Myanmar vor allem Facebook), auf denen diese Journalisten ihre Inhalte verbreiten konnten. Dort war Facebook also ein Segen für die jungen Reporter, die mit dem Smartphone erstellte Reportagen veröffentlichen konnten, während der staatliche Sender ihnen und anderen Stimmen der Oppositionsbewegungen kein Forum gab.

Auch in dieser Hinsicht kann also niemand behaupten, die Plattformen würden ausschließlich Schaden anrichten. Aber ebenso stellt sich auch in dieser Hinsicht die Frage: Sind die guten Dinge, die die Plattformen bewirken, es wert, die negativen Folgen für unser Zusammenleben hinzunehmen? Sind die Vorteile derart überwältigend, dass ein paar Nebenwirkungen zu ertragen sind? Sie ahnen, was meine Antwort sein wird.

Die Mär von der »Facebook-Revolution«

Auch als 2010 und 2012 die Idee der Freiheit durch die Länder der Arabischen Halbinsel und Nordafrika wehte und den »Arabischen Frühling« auslöste, spielten die neuen Plattformen als Kommunikationsorte eine Rolle: Denn die oft staatlich gelenkten Medien verbreiteten weder die Bilder von der brutalen Niederschlagung mancher Demonstration noch Informationen darüber, wann und wo die nächsten Proteste stattfinden würden. Eine Studie des Project on Information Technology and Political Islam ergab, dass die Plattformen eine »zentrale Rolle bei der Gestaltung der politischen Debatten im Arabischen Frühling« gespielt hätten.⁴⁰ Und ganz allgemein hält sich diese These beharrlich: Der Arabische Frühling wäre ohne die Plattformen nicht erblüht. Aber stimmt das auch?

Denn diese Erkenntnis wäre in der Tat ein starkes Argument für Facebook, Instagram und Co. – und sie ist ein Argument, das in Diskussionen über Wohl und Wehe der Plattformen häufig ins Feld geführt wird. In einem Brief an Facebook-Investoren griff Facebook-Gründer Mark Zuckerberg dieses Argument 2012 auf, ohne sich direkt auf den Arabischen Frühling zu beziehen:

»Indem wir den Menschen die Möglichkeit geben, sich mitzuteilen, können wir beobachten, wie sie sich in einem anderen Ausmaß Gehör verschaffen, als dies in der Vergangenheit möglich war. Diese Stimmen werden an Zahl und Lautstärke zunehmen. Sie können nicht ignoriert werden. Wir gehen davon aus, dass die Regierungen im Laufe der Zeit stärker auf Themen und Anliegen reagieren werden, die direkt von der gesamten Bevölkerung vorgebracht werden, anstatt über Vermittler, die von einigen wenigen kontrolliert werden.«⁴¹

Hehre Worte! Die Plattformen sehen sich gern als Instrument, mit denen Unterdrückte sich Gehör verschaffen können, die Regierungen in aller Welt nicht mehr ignorieren können. Wer aber genauer hinschaut, der stellt fest, dass diese These mit Blick auf den Arabischen Frühling nicht uneingeschränkt zu halten ist. Denn während neun von zehn Ägyptern oder Tunesiern Facebook zur Organisation von Protesten und zur Verbreitung von Informationen nutzten,⁴² spielte die Plattform in Ländern wie Syrien und Jemen keine zentrale Rolle – schlichtweg, weil Facebook dort kaum genutzt wurde. Während des Arabischen Frühlings stieg die Zahl der Plattformnutzer zwar deutlich an, in Libyen aber war der Zugang zum Internet zum Teil kaum möglich, sodass Facebook dort deutlich weniger zulegte. Allenfalls zulässig ist also die These, dass die Plattformen dort, wo sie genutzt wurden, die Demokratiebewegung unterstützt haben *könnten*. Die Demokratiebewegung erstarkte aber auch dort, wo die Plattformen keine große Rolle spielten: Wie viel Einfluss und Bedeutung hatten Facebook und Co. also wirklich?

Es gibt zudem einige Belege dafür, dass die Plattformen den Reformbewegungen nicht genutzt, sondern ihr auch geschadet haben. Die Wissenschaftler William Lafi Youmans und Jillian C. York schlussfolgern in einer Untersuchung, dass die Politik der Plattformen kollektives Handeln sogar eingeschränkt und politischen Aktivismus behindert habe.⁴³ Sie führen mehrere Beispiele auf, unter anderem die berühmte Facebook-Seite »Wir sind alle Khaled Said«: Sie wurde zu einem Kristallisationspunkt für Debatten und trug zur Mobilisierung vieler Menschen während des ägyptischen Aufstands bei.

Im Juni 2010 erstellte ein anonymer Nutzer, der sich »El Shaheed« (»der Märtyrer«) nannte, diese Seite. Inzwischen ist bekannt, dass der ehemalige Google-Mitarbeiter Wael Ghonim hinter dem Pseudonym steckte. Er sorgte sich angesichts der Versuche, die Opposition zum Schweigen zu bringen, um seine Sicherheit und wählte die Anonymität, wie er später in einem »Newsweek«-Interview berichtete: »Natürlich habe ich Angst.« Ghonim verwaltete das »El Shaheed«-Konto bis November 2010, als – kurz vor den ägyptischen Parlamentswahlen – Face-

book das Konto deaktivierte. Eine Facebook-Sprecherin erklärte damals, die Seite verstoße gegen die Nutzungsbedingungen des Konzerns.

Diese Unternehmensentscheidung – getroffen im fernen und sicheren Silicon Valley – bedeutete allerdings einen schweren, sogar gefährlichen Rückschlag für diejenigen, die die Reformbewegung organisierten. Ihnen fehlte plötzlich ein zentrales Kommunikationsmittel. Sie hatten sich auf Facebook verlassen und ihre Sympathisanten unter anderem auf diese Seite gelenkt – die nun plötzlich nicht mehr verfügbar war. Ein Fingerschnipsen, eine ferne Unternehmensentscheidung genügte, um eine Demokratiebewegung zu gefährden.

Mit großzügigen Statements wie dem oben von Mark Zuckerberg zitierten reden die Plattformen ihre Bedeutung für Demokratiebewegungen und die daran beteiligten Menschen und Organisationen herbei. Das zieht auch eine große Verantwortung für diese Akteure und Bewegungen nach sich. Aber genügen die Plattformen in ihrem Geschäftsgebaren dieser Verantwortung auch, wenn sie Konten mir nichts, dir nichts deaktivieren, mitten in den Tumulten weitgehend friedlicher Veränderung?

Solche Geschichten über Wohl und Wehe der Plattformen während des Arabischen Frühlings und den folgenden unruhigen Jahren gibt es viele. Und genauso, wie die Plattformen der Demokratiebewegung in einigen Ländern genutzt haben könnten, genauso haben sie ihr an anderer Stelle, in anderen Ländern geschadet. Denn obwohl sich die Plattformen gern als eine Kraft des Fortschritts ausgeben, als Förderer der Demokratie und der freien Meinungsäußerung, arbeiten sie mit repressiven Regierungen im Nahen Osten und Nordafrika zusammen. So enthüllten 2011 von Wikileaks veröffentlichte US-Botschaftsberichte⁴⁴ einen erschütternden Fall aus Tunesien: Microsoft sagte danach 2006 zu, tunesische Strafverfolgungsbeamte in IT-Programmen zu schulen. Im Gegenzug versprach die Regierung von Präsident Zine El Abidine Ben Ali, von ihrer Entscheidung abzurücken, Open-Source-Software zu verwenden. Stattdessen setzte sie Microsoft-Produkte ein – quid pro quo, eine Hand wäscht die andere, zugespitzt: Millionengewinne gegen Menschenrechte.

Menschenrechtsorganisationen aus der arabischen Welt stellten in einem offenen Brief 2020 zudem zusammen, wie sehr auch andere Plattformen ihre Arbeit behindert hätten:⁴⁵ Anfang Oktober 2019 sperrte Twitter beispielsweise unmittelbar nach dem Ausbruch der Proteste gegen Staatschef Abd al-Sisi viele Konten ägyptischer Dissidenten. Im Juni 2020 sperrte Facebook mehr als 60 Konten von tunesischen Aktivisten, Journalisten und Musikern. Auch in Syrien sperrte Facebook Konten, die zumindest teilweise auch Kriegsverbrechen seit 2011 dokumentierten, unter dem Vorwand, terroristische Inhalte zu entfernen. Im Mai 2020 sperrte Meta mindestens 52 Facebook-Konten von palästinensischen Aktivisten und Journalisten – eine lange Liste, die sich fortsetzen ließe. Und das ist nur ein Ausschnitt, der zeigt: Keine der Plattformen lässt sich von der Kritik wirklich ausnehmen, im Zweifel, wenn es um ihre Gewinne geht, gegen die Reformbewegungen zu agieren.

Freiheit muss sich vor allem dann bewähren, wenn sie unter Druck, in Gefahr gerät. Freie Meinungsäußerung ist dann besonders viel wert, wenn sie gerade gegen und in Zeiten von staatlicher Beschränkung oder Bedrohung garantiert wird. Die von Zuckerberg beschworenen vielfältigen Stimmen können nur dann »an Zahl und Lautstärke zunehmen«, wenn der Raum zur freien Rede in Zeiten geöffnet bleibt, in denen staatliche Akteure Druck ausüben. Wenn Plattformen aber zugunsten wirtschaftlicher Interessen klein beigeben, sobald es ernst wird, sind ihre Foren nichts wert, im Gegenteil: Es grenzt an böswillige Irreführung, die Mutigen dieser Welt heute auf eine Plattform zu locken, auf der sie Proteste unter Einsatz ihres Lebens organisieren, wenn morgen ihre Konten gesperrt, ihre Daten an staatliche Akteure weitergegeben und sie im Regen stehengelassen werden.

Die Rolle der Plattformen im Arabischen Frühling zeigt, wie wenig vertrauenswürdig sie sind, nachhaltig freie Meinungsäußerung nicht nur zu versprechen, sondern zu garantieren, wie wenig sie denen verlässliche Partner sind, die für demokratische Werte kämpfen. Die Plattformen haben ihre Fassaden als Freunde der freien Meinungsäußerung angestrichen, dahinter aber mit repressiven Regimen zusammengearbeitet.

Googles »Zensurmaschine«

Beispiele für die Zusammenarbeit zwischen den Plattformen und nicht demokratischen Staaten gibt es viele, auch fernab des Arabischen Frühlings. 2018 berichtete beispielsweise das Investigativportal »The Intercept«, Google entwickle eine eigene Suchmaschine für den chinesischen Markt.⁴⁶ Denn die sogenannte Great Firewall (in Anspielung an die Große Mauer) – eine staatliche Beschränkung des Internets – verhindert, dass Menschen in China direkt auf bestimmte Informationen im Internet zugreifen können, beispielsweise über politische Gegner, freie Meinungsäußerung, Sex, unzensurierte Nachrichten oder akademische Studien. Auch Googles Suchmaschine wurde blockiert – was dem gewinnorientierten Konzern nicht schmeckte, weil er damit vom chinesischen Markt ausgeschlossen war.

Die App, die Google nach dem »Intercept«-Bericht folglich für China entwickelte, sollte den strengen Zensurgesetzen des Landes entsprechen und den Zugang zu eben jenen Inhalten einschränken, die das Regime als unvorteilhaft erachtete. Das Projekt mit dem Codenamen »Dragonfly« (Libelle) sei nach einem Treffen zwischen Google-CEO Sundar Pichai und einem hochrangigen chinesischen Regierungsbeamten im Dezember 2017 sogar noch beschleunigt worden, zitiert »Intercept« aus internen Google-Dokumenten und Aussagen von Personen, die mit den Plänen vertraut waren. Google war in der Entwicklung der App offenbar schon so weit gekommen, dass ein Prototyp der chinesischen Regierung vorgeführt wurde. Die endgültige Version hätte in sechs bis neun Monaten auf den Markt kommen können.

Die Veröffentlichung von »Intercept« rief jedoch massive Proteste von Menschenrechtsorganisationen hervor, die Google scharf für die Entwicklung einer »Zensurmaschine« kritisierten. Der Konzern trage dazu bei, die Meinungsfreiheit in China weiter einzuschränken. Der Protest wurde so stark, dass Google seine Pläne schließlich begrub und das Projekt »Dragonfly« einstellte. Die Libelle blieb am Boden.

Überraschend war nicht nur die Enthüllung selbst: Ein Konzern, der sich freien Zugang zu Informationen in seine DNA geschrieben hatte, knickte ohne Skrupel ein, wenn ein großer Markt erobert werden kann.

Die Techkonzerne propagieren hehre Werte offenbar nur so lange, wie sie ihren Geschäftsinteressen nicht zuwiderlaufen. Überraschend war ebenso, dass Google mit einem ganz ähnlichen Thema schon zuvor auf die Nase gefallen war.

Denn schon zwischen 2006 und 2010 hatte Google eine zensierte Version seiner Suchmaschine in China betrieben. Schon damals wurde der Konzern dafür heftig kritisiert, weil er sich Vorgaben der chinesischen Regierung beugte. In einer Anhörung vor dem US-Kongress im Februar 2006 warfen US-Politiker Google sogar vor, als »Funktionär der chinesischen Regierung« zu agieren. Es sei »abscheulich«, sich an der Zensur zu beteiligen. Auch damals gab Google schließlich klein bei. Im März 2010 erklärte das Unternehmen in einem Blogartikel,⁴⁷ seine Suche in China künftig nicht mehr zu zensieren – und beendete damit die Möglichkeit, Google direkt aus China zu nutzen.

Wohlgemerkt: Google knickte auch hier erst nach massivem öffentlichem Druck ein und begründete seinen Rückzug zudem mit Hackerangriffen aus China. Und nur sechs Jahre später wiederholte sich die Geschichte: Google machte sich wieder auf, in Zusammenarbeit mit demselben Regime erneut eine zensierte Suche auf den Markt zu bringen. Dies zeigt deutlich, dass in der Konzernzentrale nicht demokratische Werte dominieren, sondern Gewinnziele: Eine wertegeleitete Entscheidung ist nur solange gut, wie sie wirtschaftlichen Interessen nicht zu sehr zuwiderläuft.

Das Versprechen freier Meinungsäußerung und Debatte ist damit kaum mehr als ein Werbespruch für gute Zeiten. Denn er hält unter staatlichem Druck nicht stand. Wenn es darauf ankommt, zieht die Freiheit den Kürzeren – und was ist eine Plattform wert, die nur bei Sonnenschein Regenschirme anbietet?

Twitters Komplizenschaft

Auch Twitter arbeitete mit Regimen zusammen, die unter Demokraten einen zweifelhaften Ruf genießen, unter anderem mit der türkischen Regierung: Die Plattform blockierte regelmäßig Tweets oder ganze Benutzerkonten in der Türkei (ebenso übrigens in Russland oder anderen

Ländern), wenn sie der Regierung nicht gefielen. Auch Nutzerdaten soll Twitter an die türkischen Behörden weitergegeben habe. Formal begründet Twitter dies mit regional gültigen Gesetzen in seinen »Country Withheld Content«-Regeln (CWC):⁴⁸ »In unserem ständigen Bestreben, unsere Dienste für alle Menschen verfügbar zu machen, kann es notwendig sein, den Zugang zu bestimmten Inhalten in einem bestimmten Land von Zeit zu Zeit zu verweigern, wenn wir eine gültige und ordnungsgemäß begründete Anfrage von einer autorisierten Einrichtung erhalten.«

Unter anderem das Committee to Protect Journalists (CPJ) hat das Ausmaß der Kollaboration mit türkischen Behörden zusammengestellt: Zehntausende Tweets und Hunderte Accounts wurden danach vorübergehend oder dauerhaft gesperrt. Viele dieser Konten gehörten Journalisten, Oppositionellen oder Menschenrechtsaktivisten, die kritische Meinungen äußerten oder Informationen über Menschenrechtsverletzungen veröffentlichten.⁴⁹

Abdülhamit Bilici, der letzte Chefredakteur der nach dem Putschversuch 2016 verbotenen türkischen Zeitung »Zaman«, sagte dem CPJ: »Es ist eine Schande, dass Twitter einen Journalisten zum Schweigen bringt, der bereits von einer autoritären Regierung zum Schweigen gebracht wurde.« Bilici lebt heute in den USA im Exil. Er rief sowohl Twitter als auch die türkische Regierung auf, in seinen Tweets irgendetwas zu finden, das als illegal oder schädlich angesehen werden könne, wörtlich: »Mein einziges Verbrechen ist, dass ich Journalist bin.«

Der Fairness halber will ich ergänzen, dass Twitter auch Accounts sperrt, die der türkischen Regierung nahestehen: Im Jahr 2000 kritisierte die Regierung, dass mehr als 7000 Unterstützerkonten für Präsident Tayyip Erdoğan blockiert wurden. Sie gehörten laut Twitter zu einem Netzwerk, das nach eigenen Angaben dazu diene, »politische Narrative zugunsten von Erdoğan's AK-Partei« zu verstärken.⁵⁰

Multinationale Konzerne sind in keiner leichten Position, wenn es darum geht, Vorschriften in unterschiedlichen Ländern zu genügen. Wenn diese Plattformen aber auf die freie Meinungsäußerung und Debatte als ihren wahren Daseinsgrund verkaufen, können sie diese nicht

einfach über Bord werfen. Freiheit und die freie Meinungsäußerung sind universelle Menschenrechte, gründend auf Werten, die sich nicht von Land zu Land unterscheiden. Es gleicht einem Verrat an diesen Werten, sie zu relativieren und einzuschränken, je nachdem, welches Land was verlangt.

Efe Kerem Sözeri, ein in den Niederlanden lebender türkischer Sozialwissenschaftler, beschreibt das auf der CPJ-Internetseite so: »Twitter, Facebook und Google sind in erster Linie ihren Aktionären verantwortlich. Ich betrachte sie nicht als Hüter der Redefreiheit. Aber das Ungleichgewicht zwischen den Werkzeugen, die sie Nutzern im Vergleich zu denen gewähren, die Regierungen zur Verfügung stehen, macht sie zu Komplizen der autoritären Machthaber bei ihrem Vorgehen gegen die Opposition.« Regime haben es deutlich leichter, Konten sperren oder Tweets löschen zu lassen, als Nutzer, beispielsweise gegen diese Unternehmensentscheidungen vorzugehen.

Facebooks Hassbotschaften

Nicht immer arbeiten die Plattformen direkt mit Regimen zusammen, die Freiheit und Menschen unterdrücken. Der Einfluss der Plattformen ergibt sich auch daraus, dass sie mindestens sorglos, wenn nicht fahrlässig mit den Möglichkeiten umgehen, die sie selbst mit ihren Plattformen geschaffen haben. Dass sie nicht hinschauen, nicht überprüfen, Verantwortung nicht wahrnehmen. Schauen wir noch einmal nach Myanmar: Zu Beginn dieses Kapitels hatte ich beschrieben, wie Facebook oppositionellen Stimmen und Journalisten im Land eine Möglichkeit bot, die Öffentlichkeit mit ihren Themen zu erreichen. Denn die staatlichen Medien ignorierten und verschwiegen ihre Positionen.

Facebook hatte Myanmar seit seiner Einführung 2011 im Sturm genommen. Die App war auf vielen Handys vorinstalliert und konnte zunächst sogar genutzt werden, ohne dass Nutzer dafür Datenvolumen kaufen mussten.⁵¹ 2014 schätzten Marktforscher die Zahl der Facebook-Nutzer in Myanmar auf 1,2 Millionen. Im Januar 2019 gab es im Land 21 Millionen Facebook-Nutzer – etwa 40 Prozent der Bevölkerung des Landes. Facebook erlangte damit eine Monopolstellung⁵² und be-

herrscht rund 99 Prozent des Plattformmarktes in Myanmar. Facebook *ist* in Myanmar das Internet, und das Internet ist Facebook. Eine Position, die besonders verantwortungsbewussten Umgang nach sich ziehen sollte – beispielweise Investitionen in ausreichend Personal, das Posts auch in Landessprache verstehen und moderieren kann.

Das Gegenteil ist jedoch auch hier der Fall. Facebook spielte in der Vergangenheit eine wichtige Rolle bei der Rechtfertigung, Verherrlichung und Verbreitung von Gewalt gegen Muslime in Myanmar: 2012 kam es im Norden Myanmars zu schweren Übergriffen gegen die Volksgruppe der Rohingya, eine Minderheit in Myanmar, die hauptsächlich im Bundesstaat Rakhine lebt. Die Rohingya werden seit Jahrzehnten diskriminiert und haben bis heute keinen Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und anderen grundlegenden Diensten. Kurz nach den Unruhen, 2013, erschien ein Post auf Facebook: »We must fight them the way Hitler did the Jews, damn kalars« (übersetzt: Wir müssen sie bekämpfen, wie Hitler die Juden bekämpft hat, verdammte Kalar) – Kalar ist eine Verunglimpfung der Rohingya. Dieser Post erreichte Hunderttausende Facebook-Nutzer, wie auch Videos von gewalttätigen Übergriffen auf die Rohingya. Der Facebook-Algorithmus (siehe Kapitel 3) potenzierte die Reichweite, kein Moderator griff ein.

Im August 2017 startete die Armee von Myanmar schließlich eine massive Operation gegen die Rohingya, bei der Zehntausende starben und Hunderttausende vertrieben wurden. Die Vereinten Nationen bezeichneten die Angriffe auf die Rohingya als »ethnische Säuberung« und machten die myanmarischen Behörden für die Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich.

Auf Facebook erschienen zeitgleich folgende Posts: »These non-human kalar dogs, the Bengalis, are killing and destroying our land, our water and our ethnic people... We need to destroy their race« (übersetzt: Diese nicht menschlichen Kalar-Hunde, die Bengalis, töten und zerstören unser Land, unser Wasser und unser ethnisches Volk... Wir müssen ihre Rasse vernichten). Zum Bild eines Bootes mit Rohingya-Flüchtlingen schrieb ein Nutzer: »Pour fuel and set fire so that they can meet Allah faster« (übersetzt: Schüttet Brennstoff und legt Feuer, damit sie

Allah schneller treffen können). Beide Posts erreichten auch aufgrund der algorithmischen Amplifizierung Hunderttausende – und Facebooks Moderation tat nichts dagegen.

Reuters schrieb in einem Bericht 2018 (übersetzt):⁵³ »Selbst jetzt hat Facebook keinen einzigen Mitarbeiter in dem Land mit rund 50 Millionen Einwohnern.« Stattdessen überwache das Unternehmen Hassreden aus dem Ausland. Reuters zitiert Quellen, nach denen der Konzern erst 2015 seine ersten beiden birmanischsprachigen Angestellten in Manila auf den Philippinen angestellt habe – zwei Menschen fernab von Myanmar, die für ein Land mit mehr als 20 Millionen Facebook-Nutzern zuständig sein sollten. Mittlerweile soll es rund 60 birmanischsprachige Moderatoren geben.

Die Urteile über Facebooks Rolle in Myanmar sind alarmierend, selbst die Vereinten Nationen finden deutliche Worte: Eine UN-Mission nennt die Rolle der Plattform in der Gewalt gegen die Rohingya »entscheidend«. Für den Vorsitzenden der Kommission, Marzuki Darusman, habe Facebook »wesentlich zum Ausmaß der Verbitterung, der Uneinigkeit und des Konflikts« in Myanmar beigetragen. »Ich fürchte, Facebook hat sich in eine Bestie verwandelt«, sagte ein anderes Mitglied der Mission vor Reportern.⁵⁴ Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International formuliert ähnlich scharf: »Meta hat durch seine Untätigkeit und sein unerbittliches Gewinnstreben maßgeblich zu den schweren Menschenrechtsverletzungen an den Rohingya in Myanmar beigetragen.«⁵⁵

Auf Basis der UN-Vorwürfe haben mehrere überlebende Rohingya den Meta-Konzern in den USA mittlerweile auf 150 Milliarden Dollar Schadenersatz verklagt. Die Anklageschrift⁵⁶ gleicht einer Generalabrechnung mit dem Konzern und seinen Methoden. Die vergangenen Jahre seien neben der anhaltenden Widerstandsfähigkeit des Rohingya-Volkes von der Bereitschaft des Meta-Konzerns durchzogen, wissentlich Anti-Rohingya-Hassreden, Fehlinformationen und die weitverbreitete Aufstachelung zur Gewalt gegen das Volk der Rohingya zu verbreiten.

Und als wäre es ein Muster: Konsequenzen gezogen und gelernt hat Facebook aus diesen Vorwürfen kaum. Aktuell wird der Meta-Konzern

auch von zwei äthiopischen Forschern und der dort ansässigen Menschenrechtsorganisation Katiba Institute verklagt. Der Vorwurf gleicht dem der Vereinten Nationen mit Blick auf Myanmar: Facebook habe auch in Äthiopien »gewalttätige und hasserfüllte Beiträge verbreitet und versäumt, Mitarbeiter einzustellen, die die erforderlichen Sprachkenntnisse mitbringen, um Inhalte aus Äthiopien zu moderieren«.

Bei diesen Vorwürfen geht es um Posts aus dem Oktober 2021. Darin wurde der Vater eines Klägers beleidigt: Der Mann, ein angesehener Chemieprofessor, wurde aufgrund seiner ethnischen Zugehörigkeit zu den Tigrayanern, der demografischen Minderheit des Landes, mit einer mordenden Rebellengruppe in Verbindung gebracht. In den Posts wurde sogar die Adresse des Mannes genannt und sein Tod gefordert. Facebook hätte sich trotz Hinweisen auf die Beiträge geweigert, sie umgehend oder in einigen Fällen überhaupt zu entfernen, heißt es in der Klage weiter. Militante Meareg – so steht es in den Gerichtsunterlagen – folgten dem Mann im Oktober 2021 schließlich von der Arbeit nach Hause, schossen ihm in den Rücken und ins Bein und ließen ihn verbluten.

Ähnliche Vorwürfe gibt es aus Sri Lanka, Indonesien, Indien oder Kambodscha. Facebook betont dagegen jeweils, sich an Gesetze zu halten und ausreichend Mitarbeiter für die Moderation einzustellen. Und wieder belegen interne Dokumente von Facebook, an deren Veröffentlichung schon die in Kapitel 1 erwähnte Whistleblowerin Frances Haugen beteiligt war, dass Facebook zumindest von einigen dieser Geschehnisse wusste, sie aber ebenso wissentlich nicht abstellte.

Ein Skandal und kaum Folgen

Komplizenschaft mit der Türkei, Kollaboration mit China, Hassrede in Myanmar oder Äthiopien – die Beispiele sind erschreckend und belegen, wie wenig die Plattformen für Meinungsfreiheit eintreten, wenn es drauf ankommt. Doch die Plattformen beeinflussen nicht nur fernab unserer demokratischen Gesellschaften diese Meinungsbildung. Die vergangenen Jahre haben viele Beispiele dafür gesehen, wie Facebook, Instagram, TikTok, Google und andere auch unser Zusammenleben

in Deutschland und anderen westlichen Demokratien nachhaltig beeinflussen, auf Kosten der Werte, für die unsere Demokratien stehen.

Einer der größten Skandale begann mit einer scheinbar harmlosen App: Der Programmierer und Datenanalyst Aleksandr Kogan entwickelte sie für seine Firma Global Science Research. »This is your digital life« war eine Art Quiz, das ein psychologisches Profil der Nutzer erstellte. Die App versprach, die digitale Identität der Nutzer zu analysieren. Etwa 300 000 Nutzer, die sogar bezahlt wurden, nahmen an diesem Test teil. Dafür gaben sie nicht nur persönliche Informationen preis. Sie gewährten der App auch Zugriff auf ihre Daten: Über das Tool Open Graph konnte die App den Facebook-Feed auslesen, ebenso selbst die Daten von Facebook-Freunden der App-Nutzer.

Kogan soll auf diese Weise Zugriff auf die Profile von Millionen Facebook-Nutzern bekommen haben. Er verkaufte diese Informationen an die Londoner Politikberatungsfirma Cambridge Analytica. Medien vermuten, dass auf diese Weise die Daten von bis zu 87 Millionen Facebook-Nutzern bei der Firma landeten. Facebook hatte die Schnittstelle, über die große Mengen Daten ausgelesen werden konnten, bereits vor Bekanntwerden des Skandals abgeschaltet – aber die ausgelesenen Daten verblieben bei Kogan und Cambridge Analytica – ein extrem wertvoller Datenschatz für eine Politikberatungsfirma.

Schon 2015 berichtet der britische »Guardian«⁵⁷, dass US-Senator Ted Cruz im Rennen um die US-Präsidentschaft die Daten einer »wenig bekannten« Firma namens Cambridge Analytica eingesetzt habe, um auf Facebook gezielt Wählerstimmen für sich zu gewinnen und seine Gegenkandidaten zu diskreditieren. Cruz verlor allerdings die Vorwahlen gegen Donald Trump, der dann seinerseits im US-Präsidentschaftswahlkampf 2016 massiv in Facebook-Anzeigen investierte. Auch Trump soll die Dienste von Cambridge Analytica in Anspruch genommen haben, um bestimmte Wähler mit seinen Anzeigen zielgenau zu erreichen, sogenanntes Microtargeting. Alexander Nix, einer der Chefs von Cambridge Analytica, prahlte mit der Arbeit seiner Firma für Trump und sagte in verdeckten Aufnahmen des britischen Senders Channel 4, der den Skandal mit aufdeckte: »Wir haben die gesamte Forschung, alle

Daten, alle Analysen, die gesamte Zielgruppenansprache, die gesamte digitale Kampagne und die Fernsehkampagne durchgeführt, und unsere Daten haben die gesamte Strategie beeinflusst.«

Channel 4 sprach auch mit Trumps demokratischer Gegenkandidatin Hillary Clinton, die die Wirkung dieses »Microtargetings« so beschrieb: »Es gab eine neue Art von Kampagne, die auf der anderen Seite geführt wurde – mit der niemand zuvor konfrontiert worden war. Denn es ging nicht nur um mich. Es ging darum, wie man Wähler unterdrücken konnte, die geneigt waren, für mich zu stimmen.«⁵⁸ Wir kennen den Ausgang dieser Wahl: Trump gewann, und Hillary Clinton verlor durchaus zur Überraschung vieler Menschen. Es folgten Untersuchungen des US-Kongresses und zahlreiche Recherchen internationaler Medien zur Rolle von Facebook und anderen Plattformen im Wahlkampf.

Cambridge Analytica wurde 2018 im Zuge des Skandals geschlossen und abgewickelt. Die Liste der Kunden, die die Firma bis dahin betreut hatte, ist jedoch lang: Es gibt Berichte über Einsätze während des Brexit-Referendums 2016 in Großbritannien, ebenso bei regionalen Wahlen in Indien zwischen 2003 und 2012 sowie der landesweiten Wahl 2009. Auch in Australien unterhielt Cambridge Analytica eine Niederlassung. Ebenso soll Cambridge Analytica bei Wahlen in Kenia, Malta und Mexiko aktiv geworden sein.

Es gibt bisher keine direkten Beweise dafür, dass die Daten von Cambridge Analytica den Ausgang der US-Präsidentenwahl 2016 oder anderer Wahlen wirklich beeinflusst haben. Es gibt jedoch viele Indizien, die dafür sprechen. Die Erkenntnis, dass persönliche Daten von Millionen Nutzern gegen deren Willen eingesetzt wurden, um demokratische Wahlen zu beeinflussen, ist erschütternd – und ebenso erschütternd ist, wie vergleichsweise ungeschoren Facebook aus diesem Skandal hervorgegangen ist.

Facebook-Chef Zuckerberg entschuldigte sich in einem Interview mit CNN⁵⁹ zwar für den Vertrauensbruch. Dennoch kritisierten Beobachter, dass er danach kaum Interesse daran gezeigt habe, das Geschehene transparent aufzuarbeiten, und nur das Nötigste anbiete, um diejenigen zu entschädigen, deren Daten unerlaubt für den Wahlkampf genutzt

wurden. 2019 zahlte Facebook eine Strafe von fünf Milliarden Dollar an die Federal Trade Commission (FTC),⁶⁰ um eine umfassende Untersuchung seiner Datenschutzpraktiken zu beenden – immerhin der teuerste Datenschutzvergleich in der Geschichte der Behörde. Kritiker nennen die FTC-Strafe dennoch »einen Klaps auf die Hand«, weil sie etwa einem Facebook-Monatsumsatz entspreche. Die britische Regierung verhängte zudem eine Geldstrafe von 500 000 Pfund (etwa 643 000 Euro) – »Peanuts« für Facebook, leicht zu begleichen aus der Portokasse.

Das neue Schlachtfeld der Demokratie

Wenn wir uns fragen, wie die Plattformen unsere Gesellschaften beeinflussen, geht es nicht nur um illegalen Missbrauch persönlicher Daten, die wir blauäugig den Plattformen anvertrauen. Es geht auch um weniger greifbare, subtile Folgen für unser Zusammenleben. Die Forscher Jonathan Haidt (Universität New York, Stern School of Business) and Chris Bail (Duke-Universität) sammeln in einer langen Liste Forschungsergebnisse zur Frage, wie sehr die Plattformen dazu beitragen, dass politische Prozesse nicht mehr funktionieren (»politische Dysfunktionalität«).⁶¹ Sie schauen vor allem auf sieben Fragen: Machen soziale Medien die Menschen wütender? Schaffen sie Echoräume (siehe Kapitel 3)? Verstärken soziale Medien Posts, die emotionaler, aufregender als andere oder falsch sind? Erhöhen die Plattformen die Wahrscheinlichkeit von Gewalt? Ermöglichen sie ausländischen Regierungen, politische Funktionsstörungen zu erhöhen? Schwächen sie das Vertrauen und stärken sie populistische Bewegungen?

Nur auf einige Fragen erlaubt die Wissenschaft aus ihrer Sicht bisher belastbare Antworten, beispielsweise auf die Sorge, die Plattformen würden die Gesellschaft in Echokammern aufteilen. In ihnen hören und sehen Menschen die eigene Meinung immer wieder bestätigt, ohne andere Ansichten und Haltungen wahrzunehmen. Auf Basis von drei Dutzend Studien stellen Bail und Haidt fest: Menschen tendierten dazu, sich in Debatten und Gruppen auf den Plattformen zu ihresgleichen zu gesellen, wenn sie auch mehr und breitere Informationen über die Plattformen erhalten, als würden sie sie gar nicht nutzen.